



Bescheid

I. Spruch

Die am 20.12.2023 bei der Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) eingelangte Anzeige von A betreffend den Instagram-Kanal „tabatha.inea“, abrufbar unter der URL <https://www.instagram.com/tabatha.inea/?next=%2F>, den TikTok-Kanal „oace_girls“, abrufbar unter der URL https://www.tiktok.com/@oace_girls?_t=8akhgltewha&_r=1 und den TikTok-Kanal „tabatha.inea“, abrufbar unter der URL <https://www.tiktok.com/@tabatha.inea?t=8akhnUZ3kc2&r=1>, wird gemäß § 9 Abs. 7 Z 1 Audiovisuelle Mediendienste-Gesetz (AMD-G), BGBl. I Nr. 84/2001 idF BGBl. I Nr. 55/2022, zurückgewiesen.

II. Begründung

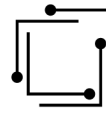
1. Gang des Verfahrens

Mit am 20.12.2022 bei der KommAustria eingelangtem Schreiben zeigte die Einschreiterin an, dass sie auf den Plattformen Instagram und TikTok Kanäle betreibe, auf denen sie zum Teil täglich Beiträge hochlädt, welche sie selbst produziert und welche sie über Kooperationen mit Unternehmen finanziert.

Mit Schreiben vom 02.03.2023, zugestellt am 07.03.2023, wurde die Einschreiterin mittels Mängelbehebungsauftrag aufgefordert, konkrete Angaben zum Programminhalt, dem Verbreitungsweg, der Häufigkeit der Uploads auf allen Kanälen und dem Verhältnis von Bild – bzw. Videoinhalten zu machen.

Mit Schreiben vom 18.03.2023 kam die Einschreiterin der Aufforderung nach und führte Folgendes aus:

Auf dem Instagram-Kanal würden Stories aus dem eigenen Leben, zum Thema Ernährung und Training, Fotos und Reels sowie Werbebeiträge hochgeladen. Auf dem TikTok-Kanal „tabatha.inea“ würden Beiträge zu aktuellen TikTok-Trends, Trainingsvideos und diverse andere Formate hochgeladen. Auf dem TikTok-Kanal „oace_girls“ würden ebenso TikTok-Trends und -Challenges, und Erklärungsvideos hochgeladen. Letzteren Kanal betreibe die Einschreiterin gemeinsam mit anderen Personen. Auf dem Instagram-Kanal und dem TikTok-Kanal „tabatha.inea“ würde täglich hochgeladen, auf dem TikTok-Kanal „oace_girls“ zwei- bis dreimal im Monat. Videoformate würden überwiegen.



2. Sachverhalt

Auf Grund der Anzeige sowie des durchgeführten Ermittlungsverfahrens steht folgender entscheidungswesentlicher Sachverhalt fest:

Der Einschreiterin ist österreichische Staatsbürgerin, wohnhaft in Österreich und betreibt Kanäle auf den Plattformen Instagram und TikTok.

2.1. Instagram-Kanal „tabatha.inea“

Abrufbar unter <https://www.instagram.com/tabatha.inea/?next=%2F> wird ein Instagram-Kanal mit den Namen „tabatha.inea“ betrieben.

Abbildung 1 - anonymisiert

Die Einschreiterin stellt auf dem Kanal Videos mit Beiträgen aus dem eigenen Leben, zum Thema Ernährung und Muskeltraining, Fotos und Reels sowie Werbebeiträge zur Verfügung.

In den Beiträgen ist die Einschreiterin meist beim Posieren vor dem Spiegel oder während des Trainings zu sehen. Manchmal spricht die Einschreiterin auch direkt in die Kamera und gibt etwa Ernährungs- oder Trainingstipps.

Abbildung 2 - anonymisiert

Derzeit sind ca. 80 dieser Kurzvideos auf dem Kanal abrufbar.

2.2. TikTok-Kanal „tabatha.inea“

Abrufbar unter <https://www.tiktok.com/@tabatha.inea? t=8akhnUZ3kc2& r=1> wird ein TikTok-Kanal mit den Namen „tabatha.inea“ betrieben.

Abbildung 3 - anonymisiert

Die Einschreiterin stellt auf diesem Kanal Videos mit Beiträgen zu aktuellen TikTok-Trends, Trainingsvideos und diverse andere Formate zur Verfügung.

In den Beiträgen ist die Einschreiterin wiederum meist beim Posieren vor dem Spiegel oder während des Trainings zu sehen. Bei Videos zu Trends (zb. Unboxing) werden die Inhalte dementsprechend gestaltet.

Abbildung 4 - anonymisiert

Derzeit sind ca. 50 dieser Kurzvideos auf dem Kanal abrufbar.

2.3. TikTok-Kanal „oace_girls“

Abrufbar unter <https://www.tiktok.com/@tabatha.inea? t=8akhnUZ3kc2& r=1> wird ein TikTok-Kanal mit den Namen „oace_girls“ betrieben.

Abbildung 5 - anonymisiert

Die Einschreiterin stellt auf diesem Kanal Videos mit TikTok-Trends und -Challenges, und Erklärungsvideos zur Verfügung.

In den Beiträgen ist die Einschreiterin gemeinsam mit anderen Personen wiederum meist beim Posieren vor dem Spiegel oder im gemeinsamen Gespräch, zum Teil in Interviewform, zu sehen. Bei Videos zu Trends (zb. Unboxing, Q&A) oder beim Erklären von Trainingsabläufen werden die Inhalte dementsprechend gestaltet.

Abbildung 6 - anonymisiert

Derzeit sind ca. 170 dieser Kurzvideos auf dem Kanal abrufbar.

3. Beweiswürdigung

Die Feststellungen gründen auf der Anzeige der Einschreiterin, den Ausführungen im ergänzenden Schreiben sowie der behördlichen Einsichtnahme in die gegenständlichen Kanäle am 23.03.2023.

4. Rechtliche Beurteilung

4.1. Zur Zuständigkeit der Behörde

Gemäß § 2 Abs. 1 Z 6 KommAustria-Gesetz (KOG), BGBl. I Nr. 32/2001 idF BGBl. I Nr. 219/2022, obliegt der KommAustria unter anderem die Wahrnehmung der Rechtsaufsicht nach den Bestimmungen des AMD-G.

Gemäß § 66 Abs. 1 AMD-G ist Regulierungsbehörde im Sinne dieses Bundesgesetzes die gemäß § 1 KOG eingerichtete KommAustria.

4.2. Vorliegen eines audiovisuellen Mediendienstes

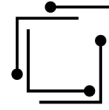
§ 2 AMD-G lautet auszugsweise:

„Begriffsbestimmungen

§ 2. Im Sinne dieses Gesetzes ist:

[...]

- 3. audiovisueller Mediendienst: eine Dienstleistung im Sinne der Art. 56 und 57 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, bei der der Hauptzweck oder ein trennbarer Teil der Dienstleistung darin besteht, unter der redaktionellen Verantwortung eines Mediendienstanbieters der Allgemeinheit Sendungen zur Information, Unterhaltung oder Bildung über elektronische Kommunikationsnetze (Art. 2 Z 1 der Richtlinie (EU) 2018/1972 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation, ABl. Nr. L 321 vom 17.12.2018, S. 36) bereitzustellen; darunter fallen Fernsehprogramme und audiovisuelle Mediendienste auf Abruf;*
- 4. audiovisueller Mediendienst auf Abruf: ein audiovisueller Mediendienst, der von einem Mediendienstanbieter für den Empfang zu dem vom Nutzer gewählten Zeitpunkt und auf dessen*



individuellen Abruf hin aus einem vom Mediendienstanbieter festgelegten Programm katalog bereitgestellt wird (Abrufdienst);

[...]

16. Fernsehprogramm: ein audiovisuelles Rundfunkprogramm im Sinne des Artikels I Abs. 1 des Bundesverfassungsgesetzes über die Sicherung der Unabhängigkeit des Rundfunks, BGBl. Nr. 396/1974, oder ein anderer über elektronische Kommunikationsnetze verbreiteter audiovisueller Mediendienst, der von einem Mediendienstanbieter für den zeitgleichen Empfang von Sendungen auf der Grundlage eines Sendep lans bereitgestellt wird;

[...]

20. Mediendienstanbieter: die natürliche oder juristische Person, die die redaktionelle Verantwortung für die Auswahl der audiovisuellen Inhalte des audiovisuellen Mediendienstes trägt und bestimmt, wie diese gestaltet werden;

[...]

30. Sendung: ein einzelner, in sich geschlossener Teil eines audiovisuellen Mediendienstes, der unabhängig von seiner Länge aus einer Abfolge von Bewegtbildern mit oder ohne Ton besteht und Bestandteil eines von einem Mediendienstanbieter erstellten Sendep lans oder Katalogs ist; der Begriff schließt insbesondere Spielfilme, Videoclips, Sportberichte, Sitcoms, Dokumentationen, Nachrichten-, Kunst- und Kultursendungen, Kindersendungen und Originalproduktionen ein;

[...]“

§ 9 AMD-G lautet auszugsweise:

„Anzeigepflichtige Dienste

§ 9. (1) *Fernsehveranstalter, soweit sie nicht einer Zulassungspflicht nach § 3 Abs. 1 unterliegen, haben ihre Tätigkeit spätestens zwei Wochen vor Aufnahme der Regulierungsbehörde anzuzeigen, Anbieter von Abrufdiensten spätestens zwei Monate nach Aufnahme der Tätigkeit.*

(2) *Die Anzeige hat neben Namen, Adresse und allfälligen Vertretern und Zustellungsbevollmächtigten des Mediendienstanbieters Nachweise über die Erfüllung der Anforderungen der §§ 10 und 11 zu enthalten. Weiters sind Nachweise über die für die Bestimmung der Rechtshoheit relevanten Tatsachen (Niederlassung) vorzulegen. Darüber hinaus hat die Anzeige zu enthalten:*

[...]

(7) *Stellt die Regulierungsbehörde aufgrund der Anzeige fest, dass*

1. der angezeigte Mediendienst nicht unter § 2 Z 3 fällt und daher nicht dem Anwendungsbereich dieses Bundesgesetzes unterliegt, oder

2. der Mediendienstanbieter die Voraussetzungen der §§ 10 und 11 nicht erfüllt, oder

3. ein angezeigter Mediendienst offenkundig gegen § 30 Abs. 1 und 2, § 39 Abs. 1 oder Abs. 2 dritter Satz verstoßen würde,

hat sie im Fall der Z 1 die Anzeige mit Bescheid zurückzuweisen. In den Fällen der Z 2 und 3 hat sie die Aufnahme der Tätigkeit nach Durchführung einer öffentlichen mündlichen Verhandlung mit Bescheid zu untersagen. Kann dieses Verfahren nicht rechtzeitig vor Aufnahme der Tätigkeit abgeschlossen werden, ist ein Verfahren zur Untersagung nach § 63 einzuleiten.“

Verfahrensgegenständlich ist die Frage, ob die Einschreiterin audiovisuelle Mediendienste im Sinne des § 2 Z 3 AMD-G anbietet, welche der Anzeigepflicht gemäß § 9 Abs. 1 AMD-G unterliegen.

4.2.1. Zur Dienstleistung

Unter einer Dienstleistung im Sinne der Art. 56 und 57 AEUV sind Leistungen zu verstehen, die in der Regel gegen Entgelt erbracht werden, soweit sie nicht den Vorschriften über den freien Waren- und Kapitalverkehr und über die Freizügigkeit der Personen unterliegen. Damit wird zum Ausdruck gebracht, dass die Leistungen einen wirtschaftlichen Charakter in einem weiteren Sinn aufzuweisen haben und dass die Leistung zumindest zu Erwerbszwecken erfolgen muss (*Kogler/Trainer/Truppe*, Österreichische Rundfunkgesetze⁴, S. 434).

Als Dienstleistungen gelten insbesondere: a) gewerbliche Tätigkeiten, b) kaufmännische Tätigkeiten, c) handwerkliche Tätigkeiten, d) freiberufliche Tätigkeiten (vgl. BVwG 19.02.2016, W194 2009539-1/4E).

Das in Art. 57 AEUV normierte Erfordernis der Entgeltlichkeit von Dienstleistungen ist nicht zuletzt aufgrund der Formulierung „in der Regel“ in gewisser Weise abstrakt zu verstehen. Dementsprechend ist etwa eine unmittelbare Gegenleistung des Dienstleistungsempfängers an den Dienstleistungserbringer nicht zwingend erforderlich, ebenso wenig wie eine unmittelbare rechtliche Beziehung zwischen diesen beiden (vgl. EuGH, Rs. 352/85, Slg. 1988, 2085, Rn 16 – *Bond van Adverteerders*; *Lenz/Borchardt*, EU-Verträge, Kommentar zu Art. 56, 57 AEUV, Rz 12f). Der Dienstleistungserbringer muss jedoch einen Erwerbszweck verfolgen (*Lenz/Borchardt*, EU-Verträge, Kommentar zu Art. 56, 57 AEUV, Rz 9, m.w.N.).

Für das Vorliegen einer wirtschaftlichen Tätigkeit ist gemäß der jüngsten Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs (VwGH) weiters entscheidend, „ob die erbrachte Leistung im Rahmen einer wirtschaftlichen Tätigkeit des Leistungserbringers erbracht wird, das heißt einer Tätigkeit, in deren Zug Leistungen (seien es Leistungen derselben Art oder andere Leistungen, etwa im Verhältnis von Haupt- und Nebenleistungen bzw. Leistungen zu Werbezwecken ...) in der Regel entgeltlich erbracht werden.“ (VwGH 05.10.2021, Ra 2021/03/0061, unter Hinweis auf EuGH 15.09.2016, C-484/14, *Mc Fadden*, Rn. 41, unter Hinweis auf EuGH 11.09.2014, C-291/13, *Papasavvas*).

In dem zitierten Erkenntnis folgt der VwGH der Judikatur des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zum Dienstleistungsbegriff in Zusammenhang mit Diensten der Informationsgesellschaft. Der EuGH prüft dabei jeweils, ob die Leistung vom Anbieter als Teilnehmer am Wirtschaftsleben erbracht wird, was etwa in Fällen, in den eine bestimmte Leistung zu Werbezwecken erbracht wird, bejaht wird. Voraussetzung für das Vorliegen einer Dienstleistung im Sinne der Art. 56 und 57 AEUV ist damit, dass der konkrete Dienst im Rahmen einer wirtschaftlichen Tätigkeit des Anbieters erbracht wird, auch wenn die Vergütung für den konkreten Dienst nicht notwendig von denjenigen bezahlt wird, denen der Dienst zugutekommt.

Die Einschreiterin gibt einerseits an, mit den Kanälen Werbeeinnahmen zu erzielen. Andererseits ist am Instagram-Kanal prominent ein Code für die Sportbekleidungsmarke „OACE“ zu sehen und trägt die Einschreiterin (bzw. die Mitgestalterinnen auf dem Kanal „oace_girls“) in nahezu allen Videos Kleidung dieser Marke. Letztlich ist auch einer der angezeigten Kanäle nach dieser Marke benannt. („oace_girls“)

Damit ist grundsätzlich davon auszugehen, dass die Dienstleistungseigenschaft gegenständlich gegeben ist.

4.2.2. Zur redaktionellen Verantwortung

Die redaktionelle Verantwortung für die Gestaltung des audiovisuellen Mediendienstes ist zentraler Anknüpfungspunkt.

§ 2 Z 28b AMD-G lautet:

„redaktionelle Verantwortung: die Ausübung einer wirksamen Kontrolle sowohl hinsichtlich der Zusammenstellung der Sendungen als auch hinsichtlich ihrer Bereitstellung entweder anhand eines chronologischen Sendepfades eines Fernsehprogrammes oder mittels eines Katalogs eines audiovisuellen Mediendienstes auf Abruf;“

§ 2 Z 20 AMD-G lautet:

„Mediendiensteanbieter: die natürliche oder juristische Person, die die redaktionelle Verantwortung für die Auswahl der audiovisuellen Inhalte des audiovisuellen Mediendienstes trägt und bestimmt, wie diese gestaltet werden;“

Gemäß § 2 Z 28b AMD-G ist die redaktionelle Verantwortung bei audiovisuellen Mediendiensten als Ausübung einer wirksamen Kontrolle sowohl hinsichtlich der Zusammenstellung der Sendungen als auch hinsichtlich ihrer Bereitstellung mittels eines Katalogs oder Sendepfades zu verstehen. Mediendiensteanbieter gemäß § 2 Z 20 AMD-G ist derjenige, der dabei die redaktionelle Verantwortung für die Auswahl der audiovisuellen Inhalte des audiovisuellen Mediendienstes trägt und bestimmt, wie diese gestaltet werden.

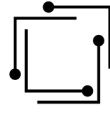
Die Einschreiterin ist laut eigenen Angaben Inhaberin der gegenständlichen Kanäle. Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, wonach sie nicht für sämtliche inhaltlichen Entscheidungen verantwortlich sein soll.

Im Sinne der genannten Bestimmung des AMD-G trägt die Einschreiterin die redaktionelle Verantwortung für die Auswahl der audiovisuellen Inhalte der gegenständlichen Kanäle und bestimmt, wie diese gestaltet werden. Nach Ansicht der KommAustria ist die redaktionelle Verantwortung daher im Ergebnis zu bejahen.

4.2.3. Bereitstellung von Sendungen zur Information, Unterhaltung oder Bildung

Weiters ist zu prüfen, ob im Rahmen gegenständlicher Angebote Sendungen zur Information, Unterhaltung oder Bildung bereitgestellt werden.

§ 2 Z 30 AMD-G lautet:



„Sendung: ein einzelner, in sich geschlossener Teil eines audiovisuellen Mediendienstes, der unabhängig von seiner Länge aus einer Abfolge von Bewegungsbildern mit oder ohne Ton besteht und Bestandteil eines von einem Mediendiensteanbieter erstellten Sendeplans oder Katalogs ist; der Begriff schließt insbesondere Spielfilme, Videoclips, Sportberichte, Sitcoms, Dokumentationen, Nachrichten-, Kunst- und Kultursendungen, Kindersendungen und Originalproduktionen ein;“

Die Gesetzesmaterialien zur Novelle BGBl. I Nr. 150/2020 (462 dB XXVII. GP, 7) halten zur Begriffsabgrenzung des § 2 Z 30 AMD-G Folgendes fest:

„Im gegebenen Zusammenhang ist wie schon oben bei der Definition eines audiovisuellen Mediendienstes festzuhalten, dass trotz des Entfalls des Elements der Fernsehähnlichkeit in der Definition nach der geänderten Richtlinie weiterhin nicht jegliches (mehr oder minder professionell gestaltetes) audiovisuelles Material im Internet unter den Anwendungsbereich der Richtlinie fällt. Vielmehr sind – orientiert an den unverändert bestehenden ErWG 21 bis 23 der Richtlinie 2010/13/EU – nur jene Erscheinungsformen erfasst, die einen massenmedialen Charakter aufweisen, dh. „für den Empfang durch einen wesentlichen Teil der Allgemeinheit bestimmt sind und bei dieser eine deutliche Wirkung entfalten könnten“. In einer Gesamtbetrachtung kommt es entsprechend der Definition des audiovisuellen Mediendienstes gerade auch im Bereich der auf Abruf bereitgehaltenen Inhalte auf Websites besonders auch auf das Element einer auf eine gewisse Kontinuität angelegten „Dienstleistung“ an.“

Die Einschreiterin filmt sich auf den Channels mit den Namen „tabatha.inea“ (teilweise aus nächster Nähe) selbst und zeigt Trainingserfolge, macht bei viralen Trends/Challenges mit oder tätigt tagebuchartige Ausführungen, in denen sie zum Publikum spricht. Auch auf dem TikTok-Kanal „oace_girls“ wird posiert oder an viralen Trends/Challenges teilgenommen bzw. werden Erklärungsvideos zu Trainings hochgeladen.

Die vorliegenden Kanäle dienen zwar in gewisser Weise der Unterhaltung und können auch ein breites Publikum anziehen, es ist aber im Sinne des vom AMD-G aus der AVMD-RL übernommenen Gedanken der Wettbewerbsgleichheit zwischen nicht-linearen und linearen Angeboten davon auszugehen, dass die gegenständlichen Kanäle nicht als vergleichbar mit herkömmlichen Unterhaltungsangeboten angesehen werden können und insofern nicht – iSd oben genannten Materialien – „für den Empfang durch einen wesentlichen Teil der Allgemeinheit bestimmt“ sind. Es ist daher davon auszugehen, dass gegenständliche Angebote keine Sendungen zur Information, Unterhaltung oder Bildung im Sinne des AMD-G darstellen.

4.2.4. Hauptzweck des Angebots

Voraussetzung für das Vorliegen eines audiovisuellen Mediendienstes gemäß § 2 Z 3 AMD-G ist weiter, ob der Hauptzweck oder ein trennbarer Teil der Dienstleistung darin besteht, Sendungen zur Information, Unterhaltung oder Bildung bereitzustellen.

Bei den gegenständlichen Kanälen handelt es sich jeweils um ein eigenständiges, abgrenzbares Angebot, dessen Wesen es ist, überwiegend Videoinhalte verfügbar zu machen.

Es handelt sich daher bei dem verfahrensgegenständlichen Kanal um ein eigenständiges Angebot mit dem Hauptzweck der Bereitstellung von Videos. Allerdings liegt – wie schon unter 4.2.3. ausgeführt – der Hauptzweck nicht in der Bereitstellung von Sendungen zur Information, Unterhaltung oder Bildung.

4.2.5. Zur Allgemeinheit

Für das Vorliegen eines audiovisuellen Mediendienstes fordert § 2 Z 3 AMD-G ausdrücklich, dass sich ein solcher an die „Allgemeinheit“ richtet. Im Sinne dieser Bestimmung muss der Mediendienst daher technisch für jedermann abrufbar sein und es darf die Zugänglichkeit nicht auf einen exklusiven Adressatenkreis beschränkt sein.

Die verfahrensgegenständlichen Angebote sind für jede Person unter den unter Punkt 2.1 bis 3 angegebenen Internetadressen abrufbar.

Es besteht daher nach Ansicht der KommAustria kein Zweifel daran, dass die Sendungen der Allgemeinheit bereitgestellt werden.

4.2.6. Zum elektronischen Kommunikationsnetz

Die Verbreitung erfolgt unter Nutzung des offenen Internets und damit über ein elektronisches Kommunikationsnetz.

4.3. Zusammenfassung

Zusammenfassend geht die KommAustria daher davon aus, dass es sich bei dem Instagram-Kanal „tabatha.inea“, abrufbar unter der URL <https://www.instagram.com/tabatha.inea/?next=%2F>, dem TikTok-Kanal „oace_girls“, abrufbar unter der URL https://www.tiktok.com/@oace_girls?t=8akhgltewha&r=1 und dem TikTok-Kanal „tabatha.inea“, abrufbar unter der URL <https://www.tiktok.com/@tabatha.inea?t=8akhnUZ3kc2&r=1> mangels der Bereitstellung von Sendungen zur Information, Unterhaltung oder Bildung um keine audiovisuellen Mediendienste nach § 2 Z 3 AMD-G handelt.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

III. Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid steht der/den Partei/en dieses Verfahrens das Rechtsmittel der Beschwerde gemäß Art. 130 Abs. 1 Z 1 B-VG beim Bundesverwaltungsgericht offen. Die Beschwerde ist binnen vier Wochen nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich, telegraphisch, fernschriftlich, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise bei der Kommunikationsbehörde Austria einzubringen. Die Beschwerde hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet, ebenso wie die belangte Behörde, die den Bescheid erlassen hat, zu bezeichnen und die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, das Begehren sowie die Angaben zu enthalten, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob die Beschwerde rechtzeitig eingebracht wurde.

Für die Beschwerde ist eine Gebühr in Höhe von EUR 30,- an das Finanzamt für Gebühren, Verkehrssteuern und Glückspiel (IBAN: AT83010000005504109, BIC: BUNDATWW, Verwendungszweck: „Bundesverwaltungsgericht / KOA 1.950/23-030“, Vermerk: „Name des Beschwerdeführers“) zu entrichten. Bei elektronischer Überweisung der Beschwerdegebühr mit der „Finanzamtzahlung“ sind die Steuernummer/Abgabenkontonummer 109999102, die Abgabenart „EEE – Beschwerdegebühr“, das Datum des Bescheides als Zeitraum und der Betrag

anzugeben. Die Entrichtung der Gebühr ist durch einen Zahlungsbeleg oder einen Ausdruck über die erfolgte Erteilung einer Zahlungsanweisung nachzuweisen.

Wien, am 26. April 2023

Kommunikationsbehörde Austria

Dr. Susanne Lackner
(Vorsitzende-Stellvertreterin)